

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/44

Bonn, den 5. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

Eine gute Arbeitsgrundlage

37

EWG-Kommission veröffentlichte Bericht
über Aufnahmeverhandlungen mit Grossbritannien

2 - 3

Aufschlußreiche Zwischenbilanz

58

Bisherige Wahlen in Landesparlamenten brachten
Sozialdemokratie an die Spitze

3a

Vor sechs Jahren wurde Ghana unabhängig

50

Aufbruch zu neuen Horizonten
Von Dieter Bielenstein

2 - 5

Ausgerechnet "Neues Deutschland" !

88

Krokodilstränen in Pankow über
"Bedrohung der Gewerkschaftsunabhängigkeit"
Von Fritz Zschiesche
Betriebspolitischer Referent beim Vorstand der SPD

6

Neuorientierung der Wirtschaftspolitik Dänemarks

50

Mit Neuwahlen wird nicht mehr gerechnet
Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen, Adolph Hasten

Chefredakteur Günter Markscheffel

Eine gute Arbeitsgrundlage

EWG-Kommission veröffentlichte Bericht über Aufnahmeverhandlungen mit Grossbritannien

sp - Die berechtigte Bestürzung in den meisten Ländern des freien Europa über das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen zur Aufnahme Grossbritanniens in die EWG hat zu unterschiedlichen Aktivitäten geführt. Abgesehen von Einzelvorschlägen zur Überwindung der Krise in Europa - Vorschläge, die meist gut gemeint sind, aber häufig nur Teilprobleme berühren - hat das Europäische Parlament am 6. Februar 1963 durch eine Entschliessung die EWG-Kommission ersucht, einen Bericht über den Stand der Verhandlungen zwischen Grossbritannien und den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes am 29. Januar 1963 zu erstatten.

Dieser Bericht liegt jetzt vor; er wurde am Montag in Brüssel der Öffentlichkeit übergeben. Schon in seiner März-Tagung wird das Europäische Parlament darüber beraten. Bei einigen guten Willen Beteiligten könnte der Bericht die Arbeitsgrundlage für weitere Verhandlungen sein.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, legt die EWG-Kommission auf die Feststellung Wert, daß der Bericht kein "Weißbuch" ist, in dem die "Schuld" oder "Unschuld" des einen oder anderen Verhandlungspartners aufgezeigt wird. Man hat sich vielmehr damit begnügt, die Situation im Augenblick des Abbruchs der Verhandlungen zu klären, man hat dargestellt, welche Probleme gelöst und welche nicht gelöst wurden und was jetzt zu geschehen hat, um doch zur Aufnahme Grossbritanniens in die EWG zu gelangen.

Die ausserordentliche Kompliziertheit des gesamten Erweiterungsprozesses der EWG bei einer eventuellen Aufnahme Grossbritanniens wird an folgender Feststellung sichtbar. So heißt es nach einer gewissenhaften Darlegung der einzelnen Verhandlungsetappen:

"Es ging also darum, das kritische System der Gemeinschaft anzupassen und dabei sowohl den lebenswichtigen Interessen Grossbritanniens als auch denen eines Gemeinschaftssystems Rechnung zu tragen, das selbst noch zum großen Teil von zukünftigen Entwicklungen abhängig war."

Gewiss ist das jetzt der Öffentlichkeit übergeben Dokument kein fertiges Rezept zur Überwindung der Schwierigkeiten in Europa; das sollte es auch nicht sein. Es ist aber eine gute Arbeitsgrundlage für die notwendige Fortsetzung der Bemühungen, die Krise der europäischen Gemeinschaften zu überwinden.

Aufschlußreiche Zwischenbilanz

Bisherige Wahlen in Landesparlamenten brachten
Sozialdemokratie an die Spitze

sp. Seit der Bundestagswahl 1961 haben für die Landesparlamente von Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen, Bayern und Berlin bereits Wahlen stattgefunden und bis zur nächsten Entscheidung über die Zusammensetzung des Bundestages werden noch die Wähler in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bremen, Baden-Württemberg und im Saarland zur Stimmabgabe aufgerufen. Wie sieht nun die Zwischenentscheidung nach den zurückliegenden sechs Länderwahlen aus?

SPD führt

Die Sozialdemokraten haben ihren Spitzenplatz unter den Parteien ausgebaut, denn sie verfügen nunmehr über 371 Parlamentssitze in den genannten Ländern. CDU und ÖSU halten weiter zusammen mit 367 Mandaten den zweiten Platz, während die FDP über 66 Sitze in den Bürgerschaften und Landtagen verfügt. Bei alledem hat sich ein weiterer Zug zu den drei großen Parteien gezeigt, die 29 Sitze hinzugewannen. Den Verlust dieser Mandatszahl mußten GDP, Bayern-Partei und SSW in den sechs Bundesländern hinnehmen.

Nur noch drei Parteien?

In den fünf Ländern, wo nunmehr bis zur nächsten Bundestagswahl gewählt werden soll, verfügen die Sozialdemokraten schon über die weitest ausreichten Sitze. Sie werden ihren Spitzenplatz, gemessen an dem allgemeinen Trend, sicher noch weiter ausbauen. Die Mandatszahl in den fünf Ländern vor den Neuwahlen beträgt: SPD 221, CDU 190, FDP 43, GDP 20, DP 36, Saarländische Volkspartei 15. Abgesehen von den schon nach der letzten Wahl erfolgten Verschiebungen durch Übertritte zu Lasten der drei kleinsten Parteien ist zweifellos in den Bundesländern auch mit einem weiteren Zug zu den drei großen Parteien zu rechnen.

Trend nach vorn

Die Gesamtbilanz der elf Landesparlamente und Bürgerschaften gibt zur Zeit den Sozialdemokraten gleichfalls einen guten Spitzenplatz mit

592 Sitzen oder 43,7 Prozent der Mandate. Wenn auch die Sozialdemokraten bei den Länderwahlen bisher immer etwas besser als bei der Bundestagswahl abgeschnitten haben, so ist doch ihr schnelles Vorwärtstreiben nicht zu übersehen, wenn man den Prozentsatz von 36,2 Prozent bei der letzten Bundestagswahl im Auge hat.

Der jetzt in schnellem Tempo befindliche Aufwärtstrend der SPD läßt erwarten, daß sie bei der nächsten Bundestagswahl die CDU/CSU überflügeln wird. Das dürfte auch unabhängig von einer möglichen Wahlkreisreform der Fall sein, die der CDU immer eine Reihe von Überhangmandaten im Bundestag bescherte.

CDU/CSU verlor

Die CDU/CSU liegt in den Länderparlamenten gegenwärtig mit 567 Mandaten oder knapp 42 Prozent der Sitze, auf dem zweiten Platz. Bei der letzten Bundestagswahl konnte sie noch 45,2 Prozent erbeuten oder 242 Sitze; aber vier Jahre vorher waren es eben mit 277 Mandaten - ohne Berlin - mehr als die Hälfte aller Abgeordneten in Bonn gewesen. Die FDP hat nunmehr in den Bundesländern 109 Plätze besetzt, was acht Prozent entspricht.

Auch bei dieser Betrachtung wird der Zug zum Drei-Parteien-System sehr deutlich, denn CDU/CSU, SPD und FDP zusammen haben nunmehr in den Bundesländern 93,7 Prozent aller Sitze inne. Möglicherweise wird sich diese Tendenz noch verstärken, da in Niedersachsen DF und GDF und im Saarland die SVP noch stark vertreten sind. Unter Berücksichtigung der Umrechnung für den Bundestag würde außer SPD, CDU/CSU und FDP auch bei der jetzigen Zwischenbetrachtung keine Partei im Bundestag vertreten sein.

Sozialdemokratie stärkste Partei

Man weiß, daß die Sozialdemokraten bei allen Kommunalwahlen immer am besten abgeschnitten haben. Jetzt aber sind sie bereits auch in den Länderparlamenten an die Spitze vorgestoßen. Auch ohne die Meinungstests zu berücksichtigen, die das ohnehin bestätigen, dürfte in den nächsten Bundestag mit sehr großer Wahrscheinlichkeit die Sozialdemokratie als stärkste Partei einziehen.

Vor sechs Jahren wurde Ghana unabhängig

Von Dieter Bielenstein

Am 6. März 1957 - vor sechs Jahren - errang die britische Kolonie Goldküste ihre Unabhängigkeit. Der neue Staat Ghana, der im 20. Jahrhundert als erstes schwarzafrikanisches Gebiet den einstigen Kolonialmächten seine Selbständigkeit abtrotzte, wurde zum Panal für die Freiheitsbewegung in den Kolonien südlich der Sahara. Wenig später löste sich Guinea aus der französischen Gemeinschaft und das Jahr 1960 wurde schließlich zum "Jahr Afrikas": Innerhalb von wenigen Monaten konstituierten sich siebzehn afrikanische Länder als souveräne Staaten. Der Kontinent Afrika, jahrhundertlang Objekt europäischer Kolonialpolitik, trat als Subjekt in die Weltgeschichte.

Afrikanische Politik ist seither bedeutsamer und vielfältiger, aber auch verwirrend und beunruhigend für uns geworden. Ghana, auf das noch vor sechs Jahren die Führer der afrikanischen Freiheitsbewegung bewundert und um Rat suchend blickten, hat seine hervorragende Stellung nicht voll behaupten können. Zwischen den neuen unabhängigen Staaten treten bald Rivalitäten, Grenzstreitigkeiten und wirtschaftliche Spannungen auf. Das Ziel eines afrikanischen Staatenbundes, den Ghana zu formieren suchte, rückt in immer weitere Ferne. Der vom Präsidenten Ghenas, Dr. Kwame Nkrumah, proklamierte positive Neutralismus vermochte das weltpolitische Spannungsfeld zwischen Ost und West nicht aufzuheben, in das sich nun auch die afrikanischen Staaten gestellt sehen.

Ebensowenig blieben Ghana innenpolitische Schwierigkeiten erspart. Wirtschaftliche Reform- und Sparmaßnahmen konnten nicht verhindern, daß der größte Kakaoproduzent in der Welt bei steigender Produktion und fallenden Weltmarktpreisen einen Rückgang seiner Exporterlöse in Kauf nehmen mußte, der seine Entwicklungspläne bedrohte. Stammesfehden und rückständige Häuptlingsherrschaft, soziale Unruhen und verdeckte Arbeitslosigkeit erschütterten das Land und konnten nur um den Preis der Aufgabe liberaler demokratischer Staatsformen beseitigt werden. Die Vertreter der Opposition wurden verhaftet oder mußten das Land verlassen. Das Bildungswesen nahm einen unerhörten Aufschwung, doch die junge Intelligenz steht vielfach großtun abseits.

Dennoch ist diese Bilanz nach sechs Jahren nicht negativ. Denn vor-schnelle Kritik vom sicheren Post einer mitteleuropäischen Industriegesellschaft aus wäre hier wahrhaftig fehl am Platze. Aufgaben, Wege und Ziele dieses afrikanischen Staates sind nicht mit unseren Maßstäben zu erfassen. Nicht nur das düstere Erbe des Kolonialismus ist dort zu überwinden. Zugleich sucht dieses Land den Sprung vom rückständigen Agrarland zum modernen Industriestaat zu vollziehen, wobei die Strukturen kolonialständiger Tradition und überlieferter Kultur zusammenzubrechen drohen. Angesichts dieser Widerstände und Schwierigkeiten wurde viel, sehr viel erreicht.

"Wir haben die Schlacht für die Freiheit geschlagen und gewonnen. Wir müssen jetzt den Berg aller jener sozialen und politischen Mißstände im Sturm angreifen, die unser Land in diesen Jahren geplagt haben, und wir müssen diese zweite Schlacht um unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Erneuerung unbedingt gewinnen." Mit diesen Sätzen schloß Nkrumah seine Parlamentsrede am Vorabend des Unabhängigkeitstages vor sechs Jahren. Seither sind viele Völker Afrikas zu neuen Horizonten aufgebrochen. Nicht kritiklos, aber mit Verständnis und Bereitschaft zu sachgerechter Hilfe sollten wir ihren Weg weiter verfolgen.

Ausgerechnet "Neues Deutschland"!

Von Fritz Zschiesche

Betriebspolitischer Referent beim Vorstand der SPD

Das Organ des Zentralkomitees der SED "Neues Deutschland" brach in seiner Ausgabe vom 23. Februar unter der Schlagzeile "Wehner holt zum Schlag gegen den DGB aus" in laute Cassandra-Rufe um die angeblich durch den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner bedrohte Unabhängigkeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus. Ausgerechnet die Machthaber der sowjetisch besetzten Zone spielen sich als Anwälte gewerkschaftlicher Unabhängigkeit auf, die bereits vor einigen Jahren den Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei im Statut des sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) verankern ließen und damit jeder freien Entfaltung gewerkschaftlicher Tätigkeit in ihrem Machtbereich auch statuarisch ein für alle Mal den Boden entzogen. Dasselbe Ziel in den Betrieben, nämlich die Ausschaltung jeder Art demokratischer Betätigung, verfolgte die bereits Anfang 1949 - angeblich auf Vorschlag des FDGB - erzwungene Abschaffung der Betriebsräte und ihre Ersetzung durch der SED genehme Betriebsgewerkschaftsleitungen.

Ganz abgesehen davon, dass sich der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften durch ihre Kongreßbeschlüsse jede Anbiederung oder Einmischung des FDGB in ihre Angelegenheit verbieten und die Teilnahme von Mitgliedern ihrer Organisationen an vom FDGB gesteuerten kommunistischen Propagandaveranstaltungen wie der bevorstehenden Leipziger "Arbeiterkonferenz" als mit der Mitgliedschaft unvereinbar erklärt haben, versuchen die Akteure hinter dem Eisernen Vorhang immer wieder den Anschein einer "solidarischen Verbundenheit" zu erwecken.

Die jetzt von "Neues Deutschland" aufgestellten Behauptungen "über alarmierende Einzelheiten über die Bildung arbeiterfeindlicher Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften" sind natürlich reine Erfindungen und die Herbert Wehner unterstellten Absichten bezüglich einer "Unterminierung der westdeutschen Gewerkschaften und ihre Unterwerfung unter die Bonner NATO-Politik" sind Teil einer auf den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden konzentrierten Hetzkampagne, die auftragsgemäß gleichzeitig im Bundesgebiet von den getarnten Publikationen der Freunde Ulbrichts in den letzten Tagen gestartet wurde.

Dabei scheint "Neues Deutschland" ausgesprochen schlechtorientierter Informanten über die sozialdemokratische Betriebsorganisation auf den Leim gegangen zu sein, sonst hätte es die Bildung "Sozialer Arbeitsgemeinschaften" nicht als eine sensationelle Erfindung Herbert Wehners zur Beseitigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit anprangern dürfen, sondern als eine seit mehr als 12 Jahren geübte Praxis der Sozialdemokratischen Partei im gewerkschaftlichen Bereich diesen Informanten um die Ohren schlagen müssen. Es handelt sich nämlich dabei um die Zusammenfassung sozialdemokratischer Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte, wie sie von der CDU auch für ihre Mitglieder dieser Art seit Jahren in den Sozialausschüssen erfolgt.

Zur Beruhigung der von demokratischer Empfindlichkeit um die Rechte der sozialdemokratischen Arbeitnehmer so besorgten "ND"-Schreiber sei hier festgestellt, dass im Gegensatz zu den Organisationspraktiken der Kommunisten, auch die Einsetzung von SAG-Leitungen durch einen demokratischen Wahlakt der den Sozialen Arbeitsgemeinschaften angehörenden Mitglieder erfolgt und diese nicht durch Herbert Wehner oder nach von ihm willkürlich erlassenen Richtlinien ernannt werden. Im Übrigen hätten die Zonen-Kommunisten Gründe genug, sich nicht den Kopf über angebliche undemokratische Methoden in der Sozialdemokratischen Partei zu zerbrechen, sondern sich stattdessen um die Praktiken bei den jetzt nach dem VI. SED-Parteitag angelaufenen Säuberungsaktionen in den unteren Parteileitungen zu kümmern. Aber das wäre wohl sicher zuviel verlangt!

Geradezu absurd ist die im zitierten "ND"-Artikel aufgestellte Behauptung, Herbert Wehner habe "in einer Anleitung für die SPD-Betriebsgruppen die sozialdemokratischen Gewerkschafter aufgefordert, sich der Einführung von Rüstungsproduktion nicht zu widersetzen, da die Rüstungsausgaben über den Lohn den Arbeitern wieder zugute kommen würden."

Vor so viel politischer Ignoranz könnte einem fast die Spucke wegbleiben, wenn man nicht, durch politische Erfahrung im Umgang mit Kommunisten gewitzt wüßte, dass ihnen keine Ehrabschneidung schädig genug ist, um nicht doch damit ihre politischen Geschäfte zu besorgen.

Keinesfalls soll hier bestritten werden, dass in den Kreisen sozialdemokratischer Gewerkschafter und Betriebsgruppen eine Diskussion um Fragen der Notstandsgesetzgebung und die hierzu gefassten Beschlüsse sowohl des Kölner Parteitages der SPD als auch des DGB-Kongresses von Hannover im Gange ist und dass diese Diskussion mit ernsthaften Argumenten unterschiedlicher Auffassungen bestritten wird. Der Verlauf der Bundestagsdebatte anlässlich der 1. Lesung der von der Bundesregierung eingebrachten Notstandsgesetzgebung hat bewiesen, dass die SPD nicht bereit ist, auch nur ein Komma von den in ihrem Parteitagebeschluss enthaltenen sieben Bedingungen für eine Zustimmung zu einer solchen Gesetzgebung zu streichen, wodurch in Würdigung der gewerkschaftlichen Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen einer solchen Gesetzgebung, die sozialdemokratische Bundestagsfraktion eine klare Stellung bezogen hat.

Allzu offensichtlich ist die Absicht der Zonenmachthaber, mit einer gesteuerten Hetzkampagne gegen den für die sozialdemokratische Betriebsarbeit verantwortlichen Herbert Wehner, sowohl für die auf der in den nächsten Tagen stattfindenden "Arbeiterkonferenz" angekündigte "Korechnung mit der SPD" als auch für die in diesen Wochen in der Bundesrepublik beginnenden Betriebsrätewahlen die Akzente zu setzen. Dieses Kanöver ist allerdings viel zu grobschlächtig angelegt und deshalb für jeden politisch Denkenden auch als ein typisch kommunistischer Verdummungsversuch leicht erkennbar.

Neuorientierung der Wirtschaftspolitik Dänemarks

Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen, Adolph Raston

Die berühmte Stimmenkonstellation im dänischen Parlament - 89 für und 88 Stimmen gegen die Regierung - wird Ende dieser Woche auf eine neue Belastungsprobe gestellt werden, wenn die Wirtschaftspolitik der Regierungsparteien in zweiter Lesung zur Debatte im Folketing kommt. Obwohl wegen Erkrankung einzelner Minister und Folketingsmitglieder bei den Regierungsparteien ein gewisses Risiko besteht, wird allgemein damit gerechnet, daß die zwölf Entwürfe, die den Gesamtkomplex darstellen, am Ende doch angenommen werden. Damit kann ein Schlußstrich gezogen werden nach einer lebhaften Entwicklung, die ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, als es im Folketing in der vorigen Woche so aussah, als würde der Regierungschef Jens Otto Krag sich für eine Parlamentsauflösung und für Neuwahlen entscheiden.

Die mit der Mehrheit der Stimmen beider Regierungsparteien - Sozialdemokratie und liberale Partei - in erster Lesung durchgeführte Gesamtheitslösung ist ein politischer Erfolg für Ministerpräsident Krag und seine Partei. Die zwölf Einzelgesetze machen zusammen ein Paket aus, das die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Dänemarks sowie auch die Frage des Arbeitsfriedens lösen soll. Als wichtigster Punkt steht das Gesetz über ein zweijähriges Stillhalten im gesamten Lohnbereich der Arbeiter und Angestellten im Vordergrund. Nur die niedrigsten Löhne dürfen heraufgesetzt werden. Ansonsten bleibt alles beim derzeitigen Stand mit Ausnahme der auf andere Weise geregelten Lohnleitungen in verschiedenen Gewerben. Die Gewerkschaftsführung hat sich mit dieser Lösung der strittigen Probleme in den Tarifverhandlungen einverstanden erklärt und wendet sich gegen die Meinung der "Volkspartei", dies sei ein unberechtigter Eingriff in das Streikrecht der dänischen Arbeiter. Der Lohnstopp ist direkt mit einem Verbot von Preiserhöhungen und Erhöhungen der Verdienstspannen gekoppelt. Dazu kommen eine Reihe sozialer Verbesserungen für Volkspensionen, die alles in allem ein hohes Maß an Vorteilen für "den kleinen Mann" mit sich bringen.

Die Regierungsparteien haben sich auch entschlossen, die im vorigen Jahr versprochene Erleichterung der direkten Steuern einzuhalten, was einen Ausfall von 675 Millionen Kronen bedeutet. Auf Grund der sinkenden Deviseneinnahmen - Dänemark hatte 1962 ein Devisendefizit von 1,5 Milliarden Kronen - und wegen der allgemeinen inflationistischen Entwicklung ist der Staat gezwungen, sich eine Deckung für die ausbleibenden Steuereinnahmen zu verschaffen. Die beiden Regierungsparteien haben sich deshalb für eine allgemeine Zwangsaufsparrung in Höhe von 5 - 600 Millionen Kronen eingesetzt, wovon fast jeder Steuerzahler berührt wird.

Die beiden großen Oppositionsparteien - die Konservative Partei und die Bauernpartei - sowie auch die rechtsstehende "unabhängige Partei" und die "Volkssozialisten" haben die Gesamtheitslösung abgelehnt. Vor allem wehrten die Konservativen und die Bauern sich gegen die Zwangsanleihe und behaupteten, Jens Otto Krag hätte ihnen aus taktischen Gründen zu wenig Zeit gegeben, sich mit dem komplizierten Entwurf vertraut zu machen, um sich in Sachverhandlungen einzulassen. Aus diesem und aus politischen Gründen wollen diese beiden Parteien an der Gesamtlösung nicht mitwirken.